

Einstimmiger Beschluß der KölnSPD zum Thema CETA, TTIP, TiSA

**Für die konsequente Umsetzung eines fairen und nachhaltigen Welthandels –
CETA, TTIP, TiSA: So nicht!**

Neufassung und Ersatz der Anträge A8, A9, A10, A18, A31 und A32

Zur Weiterleitung an: Ratsfraktion, NRW Landesvorstand, SPD Parteivorstand, NRW
Landesparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion im
Europäischen Parlament

Der Parteitag der SPD Köln möge beschließen:

1. In Bezug auf internationale Handelsabkommen wie CETA, TTIP und TiSA fordert die
SPD Köln
 - a. den Beschluss des Parteikonvents vom 20. September 2014 konsequent einzuhalten,
 - b. alle derzeitigen und künftigen Verhandlungen zu internationalen Handelsabkommen auf
die Grundlage von Demokratie, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu stellen - unter
Wahrung der folgenden roten Linien:

Transparenz

Die SPD steht für mehr Demokratie und Transparenz bei den Verhandlungen internationaler Handelsabkommen. Dies umfasst einen stetigen und umfassenden Einblick in die Verhandlungsdokumente sowie eine stärkere Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Akteure, insbesondere der kommunalen Ebene. Die Einbeziehung in die Verhandlungen muss so frühzeitig erfolgen, dass die Gestaltungsfähigkeit gegeben ist. Regulatorische Kooperationsgremien mit weitgehenden Befugnissen zur Interpretation der Bestimmungen solcher Abkommen lehnen wir ab. Sämtliche Abkommen sind so zu gestalten, dass auch künftige Generationen die demokratische Freiheit besitzen, über die Abkommen ganz oder in Teilen neu zu entscheiden.

Wahrung von Standards

Die SPD steht dafür, die hohen europäischen Standards zu Arbeitnehmerrechten, Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutz zu sichern. Der entsprechende Handlungsspielraum der EU bzw. ihrer Mitgliedstaaten, in bestimmten Bereichen als notwendig erachtete höhere Standards und Regulierungen beizubehalten und insbesondere auch neu einzuführen, darf nicht eingeschränkt werden. Freihandel darf nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping oder zur Verwässerung des Umwelt- und Verbraucherschutzes werden.

Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge

44
45 Die SPD steht dafür, dass die hohe Qualität sowie soziale und ökologische Standards im
46 Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge sowie das Recht zur kommunalen
47 Selbstverwaltung gewahrt werden.

48
49 Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge (Energie, Wasser, öffentlicher
50 Verkehr, sozialer Wohnungsbau sowie Gesundheits-, Kultur- und
51 Bildungsdienstleistungen) sind auf internationaler Ebene nicht wettbewerbsrelevant,
52 sondern dienen den Bürgerinnen und Bürgern, die über Steuern und Abgaben für ihre
53 Finanzierung sorgen. Diesen Bereich nicht mehr abänderbaren internationalen
54 Wettbewerbsregeln zu unterwerfen, hieße den Souverän (die Bürgerinnen und Bürger)
55 zu enteignen.

56
57 Um dies zu gewährleisten, muss Folgendes beachtet werden: Der so genannte
58 „Negativistenansatz“ führt zu Liberalisierungsverpflichtungen im Bereich der
59 Daseinsvorsorge und ist daher abzulehnen. Des Weiteren dürfen Regelungen zu
60 öffentlichen Ausschreibungen nicht hinter dem Stand des gerade erst reformierten
61 europäischen Vergaberechts zurückbleiben. Das betrifft insbesondere Regeln zur
62 „Inhouse“/Direkt-Vergabe und interkommunaler Zusammenarbeit sowie Regelungen zur
63 Auftragsvergabe unter Maßgabe sozialer und ökologischer Kriterien. Nicht zuletzt
64 müssen Re-Kommunalisierungen weiterhin möglich sein. Sogenannte Stillstands- und
65 Ratchetklauseln lehnen wir daher ab.

66 67 Keine privaten Schiedsgerichte

68
69 Die SPD lehnt Investitionsschutzvorschriften, nach denen im Konfliktfall unter Ausschluss
70 staatlicher Gerichtsbarkeit private Schiedsgerichte über Schadenersatzklagen von
71 Unternehmen gegen Staaten entscheiden, ab. Wir unterstützen dahingegen den
72 Vorschlag eines öffentlichen Handelsgerichtshofs.

73 74 Fairer und nachhaltiger internationaler Handel

75
76 Die SPD steht für einen fairen und nachhaltigen internationalen Handel. Bilaterale
77 Handelsabkommen zwischen Industriestaaten schließen Schwellen- und
78 Entwicklungsländer von den vereinbarten vorteilhaften Bedingungen aus und
79 benachteiligen diese daher im internationalen Wettbewerb. Dies widerspricht dem Ziel
80 eines fairen und nachhaltigen internationalen Handels. Die SPD setzt sich daher mit
81 Nachdruck dafür ein, dass der multilaterale Ansatz im Rahmen der WTO umgesetzt wird
82 und dass Schwellen- und Entwicklungsländer die Chance bekommen, ihre
83 Wettbewerbsvorteile auch zu nutzen. Bilaterale Handelsabkommen sollten dieses Ziel mit
84 einschließen und können somit nur einen ersten Schritt hin zu einer multilateralen
85 Lösung sein.

- 86
87 2. In Konsequenz dieser Grundhaltung fordern wir die Ratsfraktion, die Abgeordneten in
88 Europarlament, im Bundestag und in den Landtagen sowie die sozialdemokratischen
89 Vertreterinnen und Vertreter in der Bundesregierung und in den Landesregierungen auf:
90
91 a. den Bürgerantrag auf Ablehnung von TTIP, CETA und TiSA unter Maßgabe des
92 vorgegebenen Örtlichkeitsbezugs sowie die Kampagne „10.000 Kommunen TTIP-frei“ zu
93 unterstützen,
94

- 95 b. CETA und jedes weitere Abkommen, das nicht die Maßgaben des
96 Parteikonventsbeschlusses vom 20. September 2014 erfüllt, abzulehnen,
97
98 c. den Stopp von Verhandlungen zu Abkommen wie TTIP und TiSA zu veranlassen,
99 solange die oben genannten Bedingungen nicht erfüllt werden,
100
101 d. sich dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen zu internationalen Handelsabkommen in
102 Zukunft offengelegt werden und die europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ zugelassen
103 wird. Abgeordnete, Parteien und Verbände sind dazu aufgerufen, solche Entwicklungen
104 auf internationaler Ebene stärker in der Öffentlichkeit zu thematisieren.

105

106 **Begründung:**

107 Neben der Angleichung technischer Normen und dem Abbau von Zöllen enthalten
108 internationale Handelsabkommen eine Reihe von Bestimmungen, die als „Investitions- oder
109 Wettbewerbshemmnisse“ bezeichnet werden. Hierzu können Arbeitnehmerrechte,
110 Arbeitsschutznormen, Umweltschutznormen, Verbraucher- und Datenschutz zählen. Die in
111 Europa in diesen Bereichen erzielten Normen gehören zum Kernbereich der politischen und
112 kulturellen Errungenschaften der vergangenen 250 Jahre, stehen in enger Beziehung zu den
113 Staatszielen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland
114 und sind daher nicht verhandelbar, sondern müssen im Gegenteil dazu im politischen Raum
115 immer wieder neu gefasst und auch Entwicklungschancen haben.

116 Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass sich durch bilaterale Handelsabkommen die
117 weltweiten Handelsströme zu Ungunsten der Entwicklungsländer verschieben, was
118 langjährigen Anstrengungen zur positiven Entwicklung von Schwellen- und
119 Entwicklungsländern zuwider laufen würde. Dieser Aspekt muss im Rahmen bilateraler
120 Handelsabkommen Rechnung getragen werden.

121 Nicht zuletzt widerspricht die Geheimhaltung der Verhandlungsdokumente von Abkommen,
122 die weitreichende Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger haben, eklatant
123 demokratischen Prinzipien.

124 Die Ankündigung von Sigmar Gabriel Ende November 2014, der zufolge die
125 Bundesregierung dem CETA-Abkommen zustimmen müsse, hat in unserer Partei erhebliche
126 Irritationen ausgelöst. Das Verhandlungsergebnis zu CETA ist seit dem 26. September 2014
127 veröffentlicht. Die im o.a. Parteikonventsbeschluss festgeschriebenen Bedingungen sind
128 allerdings nicht erfüllt (siehe hierzu auch weiter unten). Eine Zustimmung des Europäischen
129 Parlaments und der Bundesregierung mit Stimmen der SPD widerspricht daher dem Willen
130 der Partei.

131 Zu den oben genannten Punkten im Einzelnen:

132 Transparenz

133 In der Vergangenheit fanden die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission
134 und den USA über das Freihandelsabkommen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.
135 Nicht einmal alle EU-Abgeordneten haben während der Verhandlungen uneingeschränkten
136 Zugang zu den Dokumenten. Und obwohl Städte und Kommunen direkt betroffen sind,
137 werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag, sowie Landkreistag)
138 nicht in die Verhandlungen eingebunden.

139 Dies widerspricht demokratischen Prinzipien. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht
140 darauf, dass Verhandlungen mit so weitreichenden Auswirkungen auf ihr Leben nicht im

141 Verborgenen stattfinden. Es ist inakzeptabel, dass die Öffentlichkeit und die Parlamente
142 bisher ohne Möglichkeiten zur Einflussnahme vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die
143 unlängst und erst nach massiven öffentlichem Druck erfolgte Veröffentlichung von
144 Verhandlungsdokumenten zu TTIP durch die Europäische Kommission ist zwar prinzipiell zu
145 begrüßen, kann aber nur ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr Transparenz und Offenheit
146 sein.

147 In CETA sind zudem so genannte Regulatorische Kooperationsgremien vorgesehen, welche
148 Regulierungsmaßnahmen auslegen und gegebenenfalls Standards lockern können, was
149 nichts anderes bedeutet, als dass sich die Verhandlungspartner auf ein allgemeines
150 Rahmenabkommen einigen und die Details (z.B. Absenkung der Standards) dann in einem
151 Ausschuss (im Nachhinein) weiterverhandeln. All dies geschieht am Europaparlament vorbei
152 und entzieht sich dadurch jeglicher demokratischen Kontrolle.

153 Für Vereinbarungen, die derart weitreichend in die staatliche und kommunale
154 Regulierungshoheit eingreifen bedarf es jedoch Standards der Transparenz und der
155 demokratischen Legitimation. Regulatorische Kooperationsgremien mit solch weitgehenden
156 Befugnissen lehnen wir daher ab.

157

158 Wahrung von Standards

159 Es muss darauf geachtet werden, dass das bisherige hohe Schutzniveau der meisten EU-
160 Mitgliedstaaten im Hinblick auf arbeits- und sozialrechtliche Normen, einschließlich der
161 Kernarbeitsnormen der ILO, sowie bezüglich der Standards im Bereich Umwelt und
162 Verbraucherschutz nicht im Rahmen des Abbaus nichttarifärer Handelshemmnisse
163 leichtfertig aufgegeben wird. Zweifellos ist die Vereinheitlichung von bestimmten, bisher
164 unterschiedlichen technischen Normen sinnvoll und richtig, da diese für viele Unternehmen
165 hohe Kosten verursachen können, wenn sie auf einem fremden Markt tätig werden wollen.
166 Davon abzugrenzen sind aber Schutzstandards, welche die Umsetzung bestimmter
167 politischer Ziele beabsichtigen. Gegenseitige Informationspflichten und die aktuell
168 diskutierten Pläne zur sog. "regulatorischen Zusammenarbeit" im Vorfeld von
169 Gesetzgebungsverfahren dürfen nicht zu einer Art "Mitspracherecht" der USA in der
170 Gesetzgebung der EU oder ihrer Mitgliedstaaten führen.

171

172 Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge

173 Der besondere Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge darf nicht beeinträchtigt werden.
174 Marktzugangspflichten im Rahmen von Freihandelsabkommen können die Gefahr
175 beinhalten, dass die bisherigen Aktivitäten kommunaler Einrichtungen oder Unternehmen
176 z.B. in der Wasserversorgung oder in den Bereichen des Gesundheits-, Verkehrs- und
177 Bildungswesens erschwert und unter Privatisierungsdruck geraten. Es ist somit zu
178 befürchten, befürchten, dass sie sich negativ auf die Organisationshoheit der Kommunen
179 und die kommunale Handlungsautonomie auswirken.

180 Deshalb muss dafür Sorge getragen werden, dass Dienstleitungen im Rahmen der
181 Daseinsvorsorge weiterhin zum Wohle der Allgemeinheit zur Verfügung stehen und nicht
182 Liberalisierungsregelungen unterworfen werden, die ausschließlich reinem
183 Wettbewerbsdenken verpflichtet sind. In diesem Zusammenhang muss auch die Anwendung
184 von sogenannten Stillstands- und Ratchet-Klauseln verhindert werden. Durch solche
185 Klauseln könnten bereits erfolgte Liberalisierungen nicht mehr verändert bzw. rückgängig
186 gemacht werden. Stattdessen muss das Gemeinwohl in diesen sensiblen Bereichen
187 weiterhin im Vordergrund stehen.

188 In CETA ist erkennbar, dass der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge nicht ausreichend
189 gewahrt wurde. Hintergrund hierfür ist insbesondere die Wahl des so genannten
190 Negativlistenansatzes. Es gibt zwei Modelle der Liberalisierung: Der Positivlisten-Ansatz
191 besagt, dass nur die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge / des
192 Dienstleistungsbereichs Liberalisierungsverpflichtungen unterliegen, die ausdrücklich in eine
193 Liste von Zugeständnissen aufgenommen wurden. Beim Negativlisten-Ansatz hingegen sind
194 alle Bereiche von den Liberalisierungsverpflichtungen des Abkommens erfasst, die nicht
195 ausdrücklich ausgenommen sind. Da der Bereich der Daseinsvorsorge in den Ländern
196 weltweit sehr unterschiedlich organisiert wird und zudem einem stetigen Wandel unterliegt,
197 ist es praktisch unmöglich, eine Liste aufzustellen, die alle Bereich abdeckt. So wurden auch
198 in CETA einige wichtige Bereiche nicht gelistet (z.B. kommunale Energieversorgung,
199 Grünflächen, Friedhofsbetriebe, öffentliche Beleuchtung).

200 CETA enthält weiterhin Stillstands- und Ratchetklauseln. Diese legen fest, dass nach
201 Einigung auf einen Status der Liberalisierung dieser nie wieder aufgehoben werden darf. Es
202 hat sich in jüngster Vergangenheit gezeigt, dass - aus guten Gründen - zahlreiche
203 Privatisierungen öffentlicher Güter wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt wurden.
204 Daher lehnen wir solche "Endgültigkeitsklauseln" ab. Vielmehr ist zu beanstanden, dass
205 keine generelle Austrittsklausel formuliert wurde.

206 Des Weiteren enthält CETA ein Vergabekapitel, das wichtige Instrumente der kommunalen
207 Selbstverwaltung wie „Inhouse“/Direktvergaben, die Möglichkeit interkommunaler
208 Zusammenarbeit und soziale/ökologische Kriterien bei der Auftragsvergabe vermissen lässt.

209

210 Keine privaten Schiedsgerichte

211 Unternehmen können vor privaten Schiedsgerichten gegen politische Entscheidungen und
212 Gesetze von Staaten Klagen anstrengen und damit politisch unliebsame Vorhaben zu ihren
213 Gunsten aushebeln. Private Schiedsgerichte stellen demnach ein Parallelrechtssystem dar,
214 das grundlegende Prinzipien des Rechtsstaates unterläuft und Konzerne mächtiger macht
215 als demokratisch gewählte Regierungen. Wichtige politische Entscheidungen z.B. der
216 Sozialpolitik oder der Umweltpolitik könnten auf diese Weise einseitig von
217 Unternehmensinteressen bestimmt oder zumindest in unausgewogenem Maß beeinflusst
218 werden. Dies unterläuft grundlegenden Prinzipien unserer Demokratie und
219 Rechtsstaatlichkeit. Das Primat demokratisch legitimierter politischer Entscheidungen ist
220 unverhandelbar und darf auch nicht indirekt in Frage gestellt werden.

221

222 Fairer und nachhaltiger internationaler Handel

223 Bilaterale Handelsabkommen zwischen Industriestaaten schließen Schwellen- und
224 Entwicklungsländer von den vereinbarten vorteilhaften Bedingungen aus und benachteiligen
225 diese daher im internationalen Wettbewerb. Schwellen- und Entwicklungsländer möchten
226 ihre Vorteile im internationalen Wettbewerb nutzen und verlangen daher Zugeständnisse von
227 den Industrienationen, weshalb die Verhandlungen im Rahmen der WTO derzeit nicht
228 weitergehen. Dies widerspricht dem Ziel eines fairen und nachhaltigen internationalen
229 Handels, von dem nicht nur Industrienationen profitieren.